

„DEUTSCHLAND DARF KEIN BILD DER ZERSTRITTENHEIT BIETEN.“

Im Wahljahr 2009 befragt die ICT Politikerinnen und Politiker über ihre Haltung zur Tibetfrage. Florian Toncar, menschenrechtspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag stellt sich den Fragen der International Campaign for Tibet (ICT).

ICT: Herr Toncar, Sie sind Mitglied im Tibet-Gesprächskreis im Deutschen Bundestag – warum ist für Sie die Tibet-Frage wichtig?

Toncar: Tibet ist ein faszinierendes Land und hat eine einzigartige Kultur. Der Minderheitenkonflikt in dem Land muss gelöst werden – dabei spielt die Zeit eine besondere Rolle. Der Konflikt lässt sich nicht mit anderen auf der Welt vergleichen, denn eine Lösung muss noch innerhalb der Lebenszeit des Dalai Lama gefunden werden. Die Frage ist also dringend und daher ist der Tibet-Gesprächskreis im Deutschen Bundestag auch eine wichtige Einrichtung, um das Thema zu bearbeiten.

ICT: Stichwort Autonomie: Offizielle Position der Bundesregierung ist die Förderung kultureller und religiöser Autonomie in Tibet. Welche Rolle kann und soll die deutsche Politik konkret in der Tibet-Frage übernehmen? Wo hat es nach Ihrer Auffassung Schwachstellen in der letzten Legislaturperiode gegeben, gerade auch in der Haltung Deutschlands gegenüber China?

Toncar: Grundsätzlich glaube ich, dass die formelle Position und die Ein-China-Politik der Bundesrepublik richtig sind, aber sicherlich muss auf die Umsetzungsdefizite dieser Politik hingewiesen werden. Ich glaube, dass die Schwachstelle der Bundesregierung war, dass sie in der Öffentlichkeit ein Bild der Zerstrittenheit geboten hat, als es darum ging, wie man gegenüber China das Tibet-Thema anspricht und bespricht. Das hat die Schlagkraft der Bundesregierung nicht unbedingt erhöht, sondern es hat eher dazu geführt, dass man sich gegenseitig lahm gelegt hat. Ich würde mir zudem wünschen, dass insge-

samt die Minderheitenthemen – dazu gehört Tibet, aber auch die Uiguren und auch andere – stärker thematisiert werden, zum Beispiel im deutsch-chinesischen Rechtsstaatsdialog oder auch anderen geeigneten Gremien.

ICT: Im Sommer 2008, vor den Olympischen Spielen hatte die FDP-Fraktion zusammen mit anderen Fraktionen einen Tibet-Antrag erarbeitet – in den vergangenen Legislaturperioden ist mehrmals ein solcher Tibet-Antrag mit der Unterstützung aller Fraktionen verabschiedet worden. Warum ist es diesmal nicht dazu gekommen?

Toncar: Wir bedauern das sehr. Wir hatten mit allen anderen Fraktionen gesprochen und Zustimmung gesucht. Die Fassung, die wir dann vorgestellt haben, hat von allen Fraktionen positive Signale bekommen. Der Antrag ist dann daran gescheitert, dass das Auswärtige Amt Einspruch erhoben hat. Das kam aus der Leitungsetage des Amtes, vermutlich vom Minister. Das Auswärtige Amt hat den Regierungsfractionen empfohlen, dem Antrag nicht zuzustimmen, worauf insbesondere die SPD-Fraktion ihre Zustimmung entzogen hat. Das war natürlich vom Verfahren her noch schlechter, denn es war wieder einmal so, dass ein deutsches Verfassungsorgan, das in einer Sachfrage mit einer Stimme sprechen wollte, sich über eine Frage gegenseitig überworfen hat und ein weiteres Mal ein Bild der Zerstrittenheit geboten hat. Dies aus einer falsch verstandenen Sicht der Politik China gegenüber. Wir alle wollen, dass China ein stabiles Land bleibt und sich auch weiter sozial und ökonomisch entwickelt, aber der große Unterschied ist doch, ob diese Stabilität auf Poli-

zei und Gewehren, oder ob sie auf einer Grundzufriedenheit und Grundloyalität der Bevölkerung beruht, weil die Regierung für vertrauenswürdig gehalten wird.

ICT: Was war aus Ihrer Sicht der Grund für die Intervention des Auswärtigen Amtes?

Toncar: Ich glaube, dass in der China-Politik, insbesondere auf Seiten von Außenminister Steinmeier die Sorge vorhanden war, dass atmosphärische Störungen größere Nachteile verursachen können. Ich glaube aber, dass wir freie, unabhängige Abgeordnete sind, die ihre Meinung äußern können. Und in einem demokratischen, freien Land müssen alle Dinge frei und offen diskutiert werden können. Niemand kann verlangen, dass er von der öffentlichen Meinungsbildung ausgeschlossen wird. Das gilt nicht nur China betreffend, sondern für jedes andere Land auch. Es wäre doch verheerend, wenn wir den Diskursstil, der in China vorherrscht, in Deutschland übernehmen. Ich denke, das ist von denen, die den Antrag nicht weiter getragen haben, nicht gesehen worden.

ICT: Stichwort Dialog: was halten Sie von der Einschätzung, dass der Dialog mit China, mit dem Europa Veränderung in China schaffen will, letztlich doch eher die Europäer als China verändern könnte? Ist etwas Wahres dran an der Anspielung, dass Europa durch Rücksichtnahmen gegenüber China selbst etwas aufgibt?

Toncar: Dialog ist ohne Zweifel das Mittel, das einer demokratischen Gesellschaft entspricht. Dialog heißt natürlich auch, dass beide Seiten sich austauschen und zuhören, was der andere sagt. Insofern habe ich



Florian Toncar Foto: www.toncar.de

kein Problem damit, wenn Europa aus einem Dialog mit China auch für sich selbst lernt. Wichtig ist aber, dass bei diesem Dialog offen und klar gesprochen und nicht versucht wird, die Reaktion des anderen zu antizipieren und damit einen Scheindialog zu führen. Da, glaube ich, hapert es. Was den Dialog zwischen dem Dalai Lama und der chinesischen Regierung angeht, ist es ja so, dass dieser vor knapp einem Jahr an Schwung gewonnen hatte – so dass die Bundesregierung auch davon ausging, dass dies nachhaltig und ernsthaft gewollt ist. Dazu kann man nur feststellen, dass dieser Dialogprozess sofort nach Ende der Olympischen Spiele wieder eingeschlafen ist. Das ist auch etwas, was die deutsche Außenpolitik offensiver thematisieren müsste. Der chinesische Außenminister hatte ja dem Vernehmen nach Herrn Steinmeier versprochen, dass dieser Dialog ernsthaft geführt wird und dieses Versprechen muss er auch einlösen. Wenn man nun an die Einlösung dieses Versprechen erinnert, verhält man sich in keiner Weise illegitim.

ICT: Was halten Sie von der politischen Kontroverse um das Treffen der Kanzlerin mit dem Dalai Lama?

Toncar: Ich glaube, dass diese Kontroverse völlig überflüssig gewesen ist. Es ist ein normaler Vorgang, dass eine Bundeskanzlerin sich zu einem Gespräch trifft mit einer sehr angesehenen Persönlichkeit, die von einer großen Gruppe als kulturelle und religiöse Identifikationsfigur wahrgenommen wird. Selbstverständlich ist es eine Bereicherung, mit dem Dalai Lama zu sprechen. Das heißt nicht, dass man ihn

als Staatsoberhaupt behandelt, das heißt nicht, dass man alle seine Positionen übernimmt, sondern dass man miteinander redet. Das ist das selbstverständliche Recht der Kanzlerin und wer das in Frage stellt, verkennt, nach welchen Spielregeln diese Gesellschaft funktioniert. Das zu kritisieren, war ein Fehler, denn es hat ja niemand behauptet, dass es nur öffentliche Kritik an der Politik Chinas geben sollte, sondern, dass dies eines von mehreren Instrumenten ist, die uns zur Verfügung stehen. Dialoge, vertrauliche Gespräche und dergleichen – alle diese Dinge bleiben wichtig. Allerdings hilft es auch dem Anliegen und bei der Lösung eines Problems, wenn Meinungen klar vorgetragen werden. In dieser Hinsicht hat sich Außenminister Steinmeier nach meiner Meinung völlig unnötig in einen Gegensatz zur Kanzlerin gestellt.

ICT: Die deutsche China-Politik, meinen viele Beobachter, folgt im Wesentlichen einem wirtschaftsfreundlichen Kurs, egal welche Machtkonstellation die Bundesregierung stellt. Führende Industrievertreter haben z.B. das Treffen zwischen der Kanzlerin und dem Dalai Lama scharf kritisiert. Stehen Wirtschaftsinteressen der Tibetfrage unversöhnlich und diametral gegenüber - wie bewerten Sie das Verhalten der Wirtschaft?

Toncar: Die Wirtschaft hat natürlich andere Interessen als der Staat – langfristig sind die Interessen allerdings doch sehr ähnlich. Es geht hier vor allem darum, das bevölkerungsreichste Land der Welt, das einen enormen Umbruchprozess durchmacht, in die Weltgemeinschaft zu integrieren als ein ziviles, friedliebendes Land mit seinen eigenen Interessen. Das ist eines

unserer großen Interessen. Das hat natürlich mit Wirtschaftsinteressen zu tun, es geht um einen Markt. Aber es geht eigentlich um viel mehr: um Sicherheitsinteressen und letztlich darum, dass eine globalisierte Welt vernünftig funktionieren kann. Es gibt zur Integration Chinas und zu einem Engagement in diesem Land überhaupt keine Alternative. Ich freue mich auch darüber, dass es den Menschen in China wirtschaftlich und sozial jetzt häufig besser geht als noch vor einer Generation. Aber der Staat hat auch die Aufgabe, diese Prozesse nicht nur wirtschaftlich zu beleuchten, sondern unter allen Aspekten zu betrachten. Umweltaspekte gehören dazu, Menschenrechtsaspekte ebenso, denn eine globalisierte Welt muss auf einem Wertekonsens beruhen. Abgesehen hiervon muss die Wirtschaft auch begreifen, dass sie ein Eigeninteresse daran haben muss, dass das Land stabil bleibt, dass Konflikte gewaltfrei gelöst werden und dass es rechtsstaatliche Institutionen gibt. Insofern ist manche Kritik an einem menschenrechtsorientierten Ansatz in der Chinapolitik sehr kurzsichtig.

ICT: Vielen Dank für dieses Gespräch!